

Kosten für die Bekämpfung des Versicherungsmissbrauchs in der IV acht Millionen Franken, wovon 1,3 Millionen für Observationen ausgegeben wurden. Schweizweit wurden im Jahr 2016 somit netto 3,7 Millionen Franken eingespart.

### «Verfassungswidrig»

In der Zwischenzeit haben National- und Ständerat die von den Gerichten kritisierte gesetzliche Grundlage für Observationen angepasst. Bis vor ein paar Tagen schien es, als würde das neue Gesetz demnächst in Kraft treten. Doch nun will eine Gruppe von Privatpersonen, darunter die Autorin Sibylle Berg und der Rechtsanwalt Philip Stolkin, das Referendum ergreifen und das Gesetz vors Volk bringen.

Sie kritisieren unter anderem, dass die Überwachungsmöglichkeiten ausgebaut wurden. Neu könnten auch Arbeitslose sowie AHV-Bezügerinnen und -Bezüger observiert werden. Sibylle Berg warnt vor der totalen Überwachung: «Ab Morgen kann ein Spitzel vor Ihrer Haustür sitzen», sagt sie. Und Stolkin meint: «Das ist das erste offen verfassungswidrige Gesetz, das in der Schweiz erlassen wurde.»

Allein im Kanton Schaffhausen könnten in Zukunft theoretisch mindestens 20'000 Personen observiert werden. Laut Bruno Bischof beziehen derzeit etwa 17'000 Personen eine AHV-Rente. Hinzu kommen 1500 Arbeitslose (Februar 2018) sowie 2400 IV-Rentner (Jahr 2016).

### Weiterhin nur Einzelfälle

Droht künftig eine massive Zunahme von Observationen? Erleben die Privatdetektive eine Hochkonjunktur?

Sowohl Bruno Bischof wie auch der Leiter des kantonalen Arbeitsamtes, Vivian Biner, winken ab. Biner sagt, das Arbeitsamt habe sich noch nicht mit allfälligen Einsätzen von Sozialdetektiven beschäftigt. Einerseits habe man bereits jetzt Schwarzarbeitsinspektoren, die beispielsweise bei einem konkreten Verdachtsfall kontrollieren, ob eine als arbeitslos registrierte Person bei ihrer Nebentätigkeit häufiger arbeitet, als sie offiziell angibt. Andererseits müssten Aufwand und Ertrag stimmen. Im Gegensatz zur Invalidenversicherung, wo Personen möglicherweise für den Rest ihres Lebens unterstützt werden müssen, kehren die meisten arbeitslosen Personen nach einigen Monaten zu-

rück ins Erwerbsleben, so Biner. «Einzig bei Extremfällen könnten wir uns überlegen, einen Sozialdetektiv einzuschalten.»

Auch Bruno Bischof rechnet nicht mit einer markanten Zunahme von Observationen, schon gar nicht bei AHV-Bezügern: «Eine Überwachung macht bei AHV-Bezügern keinen Sinn. Entweder haben die Personen das Rentenalter erreicht oder der Ehepartner oder ein Elternteil ist verstorben (bei Hinterlassenenrenten). Hier gibt es nichts zu observieren.»

Bischof geht davon aus, dass sich die Observationen wie vor August 2017 hauptsächlich auf Personen konzentrieren werden, die eine Rente der Unfall- oder Invalidenversicherung erhalten. Hier seien Observationen gerechtfertigt: «Es gilt den missbräuchlichen Bezug von Sozialversicherungsleistungen zu verhindern. Zu diesem Zweck werden unter anderem Observationen durchgeführt, allerdings nur dann, wenn ein begründeter Verdacht vorliegt. Mit der Verhinderung von ungerechtfertigten Leistungsbezügen schützt man letztlich auch all diejenigen Personen, die ihre Leistungen zu Recht beziehen», sagt Bruno Bischof.

## ■ Politik

Schwere Vorwürfe an den Heimleiter und den Gemeindepräsidenten

# Altersheim Thayngen: Nun droht PUK

Letzte Woche machte die «az» Missstände im Altersheim Thayngen publik: «Klima der Angst», «Kontrollwahn» der Heimleitung und 40 von

100 Angestellten, die den Betrieb verlassen haben – darunter praktisch alle Kaderleute mit Ausnahme der Hauswirtschaft. Im Fokus der Kritik ste-

hen Gemeindepräsident und Heimreferent Philippe Brühlmann (SVP) sowie Heimleiter Stefan Dennler.

Letzte Woche fand nun ein Meeting der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Einwohnerrats mit Philippe Brühlmann statt. GPK-Präsident Marco Passafaro bestätigt, dass man «am Thema Altersheim dran ist». Mehr könne er zurzeit jedoch nicht sagen.

Die SP Thayngen schreibt in einer Stellungnahme an die «az»: «Zur unglücklichen Personalpolitik des Gemeinderates und vor allem der Heimleitung erwarten wir von den Verantwortlichen endlich mal eine klare öffentliche Ant-

wort.» Die SP habe in den letzten Tagen eine Flut von Mails und Briefen erhalten «mit klaren Aussagen zu den Missständen im Umgang mit dem Personal». Ausserdem behalte sich die Partei vor, im Einwohnerrat eine Parlamentarische Untersuchungskommission PUK zu fordern, «um alle Vorkommnisse zu untersuchen».

Von der Gewerkschaft VPOD ist des Weiteren zu erfahren, dass man im April eine «Rote Karte»-Aktion plane: Vor Ort will man dem Heimleiter eine symbolische Rote Karte zeigen. «Der Umgang mit den Pflegenden ist nicht akzeptabel», sagt Gewerkschafter Patrick Portmann. (kb.)



Zurzeit wird das Altersheim umgebaut. Foto: Peter Pfister